

**Kommentar des Stadtelternbeirates Wiesbaden**  
**zum**  
**Entwurf des Schulentwicklungsplanes 2022-2026**

9.9.2021

<p>Z. 71-72 Z.368 - 407  Z.1748- 1790</p>	<p><b>Bürgerbeteiligungsverfahren</b></p> <p>Als Stadtelternbeirat Wiesbaden (StEB) freuen wir uns sehr, dass das neue Verfahren zur Erstellung des Schulentwicklungsplanes (SEP) nun mehr BürgerInnenbeteiligung zulässt.</p> <p>Bereits zur Auftaktveranstaltung im August letzten Jahres hatten wir einige Erwartungen formuliert, die teilweise Eingang in den nun vorgelegten Entwurf gefunden haben. Dazu zählen die Errichtung einer neuen integrierten Gesamtschule (IGS) und die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Wilhelm-Leuschner Schule.</p>
<p>Z. 115 - 176</p>	<p><b>Quantitative Betrachtung</b></p> <p>Die Stadt nennt als Ziele des SEP, den Ausweis der zukünftigen Schulbedarfe, die Sicherung eines wohnortnahen Bildungsangebots und die Gewährleistung der schulischen Ausstattung. Der quantitative Anspruch eines SEPs gestützt auf statistisches Material wird vollumfänglich erfüllt.</p>
<p>Z.77 – 79  Z. 804 ff und Z1128</p>	<p><b>Qualitative / konzeptionelle Schulentwicklung</b></p> <p>Allerdings geht der Entwurf selten über die quantitative Betrachtung hinaus und verfehlt den Anspruch, die Entwicklung der schulischen Bildungsmöglichkeiten in Wiesbaden auch qualitativ stärker in den Blick zu nehmen. Einzig die Punkte Bildungsgerechtigkeit und Digitalisierung der Schulen wurden aufgenommen.</p> <p>Die Wiesbadener Schulen und ihre Kollegien haben viel Expertise, meistern aber auch den anspruchsvollen Alltag - jeden Tag. Daher brauchen sie zusätzliche zeitliche Spielräume und professionelle Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer (pädagogischen) Schulkonzepte nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Bedürfnissen vor Ort.</p> <p>Sie brauchen auch professionelle Unterstützung, wenn sie bei der Weiterentwicklung ihre Schulgebäude mitwirken sollen, die zu diesen pädagogischen Ansprüchen ‚passen‘.</p> <p>Es ist Aufgabe der Stadt, zusätzliche, dafür qualifizierte Ressourcen bereitzustellen, eventuell eine Task Force zu bilden, die die Wiesbadener Schullandschaft qualitativ weiter nach vorne bringt und die Schulgemeinden unterstützt. Hier bietet sich z.B. die institutionalisierte</p>

	Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen mit pädagogischem Schwerpunkt oder der regelmäßige Erfahrungsaustausch mit ausgezeichneten Schulen an.
Z.1128 - 1251	<p><b>Bildungsgerechtigkeit</b></p> <p>Dem wichtigen Thema der Bildungsgerechtigkeit widmet der SEP-Entwurf ein ganzes Kapitel und zitiert umfangreich den Wiesbadener Bildungsbericht. Der Entwurf spricht vom ‚Handlungsbedarf in Richtung eines ‚Nachteilsausgleiches‘. Als StEB würden wir uns wünschen, dass die angedachten Maßnahmen und Entwicklungsschritte noch spezifischer herausgearbeitet werden, inhaltlich und unter dem zeitlichen Aspekt: Was soll bis wann umgesetzt werden.</p> <p>Grundschulen in bestimmten Stadtteilen haben es schwerer mit ihrer aktuellen (auch personellen) Ausstattung der Schülerschaft gerecht zu werden. Dass das auch die Eltern längst erkannt haben, belegt die ständig ansteigende Anzahl an Gestattungsanträgen für die Aufnahme an andere Grundschulen.</p> <p>Der zweite im SEP-Entwurf genannte Punkt „Kinder mit besonderen Herausforderungen am Ort Schule (vor- und nachmittags) besser unterstützen, räumliche und strukturelle Voraussetzungen für ganztägige multiprofessionelle Arbeit und ganztägige Angebote schaffen“ muss sich in konkreten Handlungen und Maßnahmen niederschlagen, die sich insbesondere auf die (personelle) Ausstattung der Schulen und benachbarter Bereiche der Betreuung, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe etc. beziehen.</p>
Z.444	<p>Erziehungsberechtigte mit höheren finanziellen Mitteln wählen immer häufiger eine Ersatzschule für ihr Kind (SchülerInnen an Privatschulen in Wiesbaden: 11%), da die Ausstattung dieser Schulen gut, die Konzepte attraktiv und die Nachmittagsbetreuung gesichert sind. Dies führt zu einer Segregation nach ökonomischen Kriterien, die für die Stadt nicht gewünscht sein kann.</p>
Z. 1193ff	<p>Dass die Chancenungleichheit mit dem Wechsel in die weiterführende Schule noch einmal größer wird, ist bekannt.</p>
Z. 1296ff z. 2707-2708	<p>Der Begriff ‚<b>Übergangsmangement</b>‘ irritiert etwas. Die individuelle Beratung der Erziehungsberechtigten bei der Wahl der weiterführenden Schule ist selbstverständlich wichtig und wie der Entwurf schreibt noch ausbaufähig.</p>
Z.1301	<p>Schulen müssen ein attraktives Profil, eine gute (Lehrkräfte)Ausstattung und eine ‚ausgewogene Schülerschaft‘ haben. Wiesbaden leistet sich seit vielen Jahren eine IGS mit Versuchscharakter, ohne daraus bisher Erkenntnisse für die Schulentwicklung abgeleitet zu haben. Hier könnten Erfahrungen für die Wiesbadener Schullandschaft genutzt werden.</p>
Z.1301	<p>Der StEB begrüßt die Absicht, zukünftig ‚<b>integrierte Systeme mit höherer Durchlässigkeit</b>‘ stärken zu wollen.</p>
Z. 298 – 358 Z. 1941 -1948	<p>Der StEB versteht darunter bezogen auf die weiterführenden Schulen eine Stärkung der IGSen und dem längeren gemeinsamen Lernen. Der ‚Run‘ Wiesbadener Eltern auf die Gymnasien ist groß, der Anteil der nach wenigen Monaten querversetzter Kinder auch. Eine IGS mit einem guten Konzept und einer ‚ausgewogenen‘ Schülerschaft ist für Wiesbadener Eltern durchaus attraktiv (siehe Hela, siehe Jawlensky).</p> <p>Zu einer ‚ausgewogenen‘ Schülerschaft einer IGS gehören nach Auffassung des StEB unbedingt auch gymnasialempfohlene Kinder.</p>

<p>Z.1303-1304 Z.1757- 1765</p> <p>Z. 1303f Z.1243 - 1251</p>	<p>In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Bau einer neuen integrierten Gesamtschule, die das längere gemeinsame Lernen und die optimale Förderung der Kinder unterstützt.</p> <p>Etwas unklar bleibt der Entwurf mit der Formulierung ‚<b>Ressourcenpriorisierung</b> für Schulen mit hohem Sozialindex‘. Obwohl wir uns als StEB für die ‚optimale‘ Ausstattung aller Schulen einsetzen, wissen wir um die Grenzen städtischer finanzieller Mittel und sperren uns nicht gegen eine gewisse Priorisierung bei der Mittelvergabe an die Schulen. Allerdings ist die Akzeptanz in hohem Maße davon abhängig, wie dieser Index bestimmt wird. Die Definition muss transparent sein und mehrere Faktoren einbeziehen, dabei macht es Sinn die Schulen selbst mit einzubeziehen. Der Begriff Sozialindex sollte evtl. ersetzt werden durch einen anderen Begriff, da dieser schon für die Lehrkräftezuweisung verwendet wird.</p>
<p>Z. 170 Z. 267ff</p> <p>Z.1306 -1310 Z. 2550 ff</p>	<p><b>Haupt- und Realschulen</b></p> <p>Wiesbaden darf die Kinder mit Hauptschulempfehlung nicht aus dem Blick verlieren. Die verzweifelte Suche nach Hauptschulplätzen aus den vergangenen Jahren darf sich nicht wiederholen.</p> <p>Es fällt auf, dass nicht alle weiterführenden Schulen in Wiesbaden gleich stark durch Eltern und SchülerInnen angewählt werden. Dies betraf insbes. die verbundenen Haupt- und Realschulen, die bei der Schulplanung nicht vergessen werden dürfen.</p> <p>Verstärkte Nachmittagsangebote an H/RS, R und MSS (Kurse, Projekte, AGs) werden dieses Problem nicht lösen. Die weiterführenden Schulen mit sehr geringen Anwahlzahlen müssen baulich ertüchtigt, aber auch konzeptionell weiterentwickelt werden, um wieder attraktiver zu werden. Eine Unterstützung der Schulen bei diesem Prozess ist unerlässlich (s.o. konzeptionelle Schulentwicklung).</p>
<p>Z. 153 -160</p> <p>Z. 2643 - 2652</p>	<p><b>Übergang Mittelstufe -&gt; gymnasiale Oberstufe oder berufliche Schule</b></p> <p>Beim Bau von IGSen, Mittelstufen- und Realschulen muss immer auch die sog. „Anschlussbeschulung“ mitgedacht werden, denn ein nicht unerheblicher Teil der Schülerschaft strebt eine weitere Schulausbildung an. Dabei gilt es, die Aufnahmekapazitäten der beruflichen Schulen als auch die der gymnasialen Oberstufen auf den Bedarf abzustimmen.</p> <p>Die Oberstufe der Martin Niemöller Schule ist nach Auffassung des StEB für den Einzugsbereich Wiesbaden-Ost eine sinnvolle Ergänzung zum Oberstufen-Gymnasium CvO und der neu geplanten Oberstufe der W. Leuschner Schule und sollte daher als ‚aufnehmende Oberstufe‘ für Kinder aus Realschulen und IGSen erhalten bleiben.</p>
<p>Z. 1633 – 1638</p>	<p><b>Übergang Förderschule -&gt; Beruf</b></p> <p>Der Übergang für Jugendliche mit Förderbedarf in den Beruf bzw. in eine Berufsausbildung ist ausgesprochen schwierig. Hier bedarf es mehr Perspektiven, mehr Unterstützung. Die Einrichtung einer Kooperationsklasse an der E. Selbert Schule als eine Übergangslösung wird vom StEB begrüßt, allerdings darf es nicht bei Übergangslösungen bleiben.</p>

Ohne	<p><b>Berufliche Schulen</b></p> <p>Die Betrachtung der beruflichen Schulen mit all ihren vielfältigen schulischen Abschlüssen, fehlt gänzlich im SEP Entwurf, obwohl an diesen Schulen ein Großteil der Wiesbadener SchülerInnen unterrichtet wird.</p> <p>Hier ist wie für alle Schulen in Wiesbaden neben der quantitativen Betrachtung auch eine inhaltlich-konzeptionelle Betrachtung notwendig, um die Schulen mittel- und langfristig gut auszustellen.</p> <p>Die Zusammenarbeit von Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis wird befürwortet.</p>
Z.2448 – 2458  Z. 2475 – 2483 Z. 2544	<p><b>Grundschulen</b></p> <p>Die Idee der Errichtung einer Grundschule in Bierstadt Nord auf einem Campus mit einer neu zu errichtenden IGS als Versuchsschule wird seitens des StEB begrüßt.</p> <p>Aus dem Entwurf des SEP wird die weitere Vorgehensweise bei Neubau/Erweiterung der Hafenschule nicht klar.</p>
Z.452  Z.485 Z. 501ff  Z.721 -752  Z. 518 -521 Z. 539 - 592  Z.579	<p><b>Ganztagsbetreuung</b></p> <p>Kommunen sind als Schulträger für die Nachmittagsbetreuung und die Mittagessensversorgung zuständig: „Schulen, mehr als Orte für den Unterricht“ wie der Entwurf richtig schreibt.</p> <p>Zu häufig handelt es sich bei den Nachmittagsangeboten für Grundschul Kinder um reine Betreuungsangebote ohne Verzahnung mit den Schulen.</p> <p>Gerade bei der Grundschul Kinderbetreuung kam es durch die Abschaffung der Horte eher zur Entprofessionalisierung, da in der Betreuung in den meisten Fällen keine pädagogischen Fachkräfte eingesetzt werden.</p> <p>Eltern sind immer mehr auf einen Betreuungsplatz angewiesen. Mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz 2026 kommen große Anforderungen auf die Kommune zu. Dieser Druck darf aber keinesfalls dazu führen, dass Standards was Räume, Ausstattung, Personal angeht - auch nicht übergangsweise- gesenkt werden.</p> <p>Die Anzahl der Schulen in Ganztagsprofilen (Profil 3) und (teil)gebundenen Ganztagsklassen stagniert. Nur eine einzige Grundschule befindet sich im Profil 3. Die Ausweitung wäre jedoch so wichtig, die unter 4.3 im SEP thematisierte Bildungsgerechtigkeit zu fördern.</p> <p>Die Entwicklung von der Betreuenden Grundschule (BGS) hin zu ‚Schulsozialarbeit für alle‘ sehen wir positiv, da so mehr Kinder erreicht werden können.</p>
Z.452	<p><b>Mittagessen an Schulen</b></p> <p>Die eingeschlagene Richtung der Stadt Wiesbaden weg vom Kochen vor Ort in der schuleigenen Küche hin zu Cook &amp; Chill-Angeboten sehen wir als Fehlentwicklung. Statt regionaler Anbieter mit eigenem Küchenpersonal kommen nationalagierende Caterer an die Schulen, die die Kosten für Transporte, Aufwärmen und Geschirrspülen auf das Schulesen umlegen, während die Stadt die Ausstattung der Küchen mit Herden, Spülen, Fettabscheidern</p>

	<p>einspart. SchülerInnen, die den ganzen Tag in der Schule verbringen, brauchen ein gesundes, vollwertiges Mittagessen.</p> <p>Eine voll ausgestattete Küche in einer Schule kann auch im schulischen Alltag bei den Themen ‚gesunde Ernährung‘ etc. eine wertvolle Ergänzung sein.</p>
Z. 450 -467	<p><b>Sporthallen und -plätze, Aufenthaltsqualität auf Schulhöfen und in Schulgebäuden</b></p> <p>Kommunen sind als Schulträger für den Schulbau, die Bereitstellung von Sporthallen und Sportplätzen verantwortlich. Die Ertüchtigung der Sporthallen und -plätze muss gewährleistet sein. Dabei sehen wir es als vertane Chance, dass viele Sportplätze nur noch als ‚unvollständige‘ Sportanlagen geplant werden, insbes. ohne 400m-Rundlaufbahn.</p> <p>SchülerInnen verbringen heute nahezu den ganzen Tag in der Schule. Daher muss an der sog. Aufenthaltsqualität von Schulgebäuden aber insbes. auch Schulhöfen unbedingt gearbeitet werden. Vollasphaltierte Schulhöfe ohne kühlende, sauerstoffspendende Bepflanzung, ohne Spiel-, Bewegungs- und Sitzmöglichkeiten sollten der Vergangenheit angehören. Aufenthaltsräume insbes. für die SchülerInnen der Oberstufen müssen zur vorhanden sein.</p>
Z.619ff  Z. 654 -669	<p><b>Schulsozialarbeit</b></p> <p>SchulsozialarbeiterInnen sind eine sehr wertvolle Ressource für die Schulen. Der StEB setzt sich für eine Stärkung der Schulsozialarbeit und der Jugendhilfeangebote an <b>allen</b> Schulen ein.</p> <p>Die Arbeit multiprofessioneller Teams in Schulen ist nicht der einzige Grund, warum Raumkonzepte an Schulen sich ändern müssen. Auch neue pädagogische Konzepte erfordern dies.</p>
Z. 1314- 1476  Z. 1477 – 1502 Z. 1549 - 1555 Z. 1603 - 1612   Z. 1563 - 1573	<p><b>Förderschulen und Inklusive Beschulung</b></p> <p>SchülerInnen mit einem Anspruch auf sonderpädagogischer Förderung können entweder inklusiv (in allen acht Förderschwerpunkten) oder in einer der Förderschulen beschult werden. Auch bei inklusiver Beschulung muss dafür Sorge getragen werden, dass jedes Kind im Schulalltag die Pflege, Fürsorge, Unterstützung und Hilfe bekommt, die es benötigt. Dies können Regelschulen sehr häufig nicht leisten, dann scheidet die Option der inklusiven Beschulung an den baulichen, pädagogischen, pflegerischen und personellen Bedingungen der Schule.</p> <p>Der StEB setzt sich für den Erhalt erprobter Schulkonzepte und gelebter Vielfalt an Förderschulen ein. Schulelternbeiräte, Schulleitungen und Kollegien müssen für Konzepte und Weiterentwicklungen gewonnen werden und diese mittragen. Konkret auf die Bodelschwingschule bezogen, sehen wir die perspektivische Umlenkung der Kinder (2-3 Klassen) mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung auf die Hinrich-Wichern-Schule, die erweitert werden soll, daher äußerst kritisch.</p> <p>Den Vorschlag der Errichtung einer weiteren Förderschule begrüßen wir – hier fehlen aber noch Details, nicht zuletzt der Förderschwerpunkt und weiteres Vorgehen in Bezug auf die Kooperation mit der neu zu errichtenden integrierten Gesamtschule am gleichen Standort.</p>

<p>Z. 821 -1125</p>	<p><b>Digitalisierung</b></p> <p>Der Stadtelternbeirat setzt sich für die digitale Ausstattung aller Schulen ein. Dabei hat die digitale Ausstattung einen gewissen Standard zu erfüllen und die pädagogischen Konzepte der Schulen zu berücksichtigen/unterstützen.</p> <p>Die im SEP genannten Ziele wie Anbindung aller Schulen mit Glasfaser, interne Netzwerkverkabelung und WLAN begrüßen wir ausdrücklich. Professionelle (IT-) Supportstrukturen und schulische IT- Beauftragte gehören seit langem zu den Forderungen des Stadtelternbeirates. Den Anspruch, den pädagogischen vom technischen Support zu trennen, begrüßen wir.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass der Medienentwicklungsplan (MEP) diese Punkte weiter ausführen und auch Hinweise zur Weiterentwicklung und Finanzierung geben wird.</p>
<p>Z. 1950 ff</p> <p>Z. 2475 - 2483</p>	<p><b>Systematische Erfassung der Schulsanierung- und Neubauprojekte</b></p> <p>Der SEP erwähnt mehrere geplante Schulsanierung- und Neubauprojekte. Wir begrüßen die Ankündigung eines städtischen Gebäude-Management-Systems, das die Sanierungsbedarfe, die Prioritäten, die geschätzte Kosten und den Projektfortschritt dokumentiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Neuauflage der Schulbau-/Schulsanierungsliste samt Priorisierung der Vorhaben</li> <li>- regelmäßige (vierteljährlich) Information über den Status der Bau- und Sanierungsvorhaben</li> <li>- Erfassung aller Schulgebäude in einem sogenannten Schadstoffkataster</li> </ul> <p>Schulbauten gehören unserer Meinung nach in die Verantwortung der Kommune. Daher lehnen wir die Umsetzung von Schulbauprojekten als ÖPP Modelle strikt ab und fordern den personellen Ausbau der kommunalen Ämter zur zeitnahen Planung und Umsetzung der Schulbauprojekte.</p> <p>Bei den in den letzten Jahren durchgeführten Schulneubauprojekte wurden die Schulgemeinden weitgehend umfangreich einbezogen. Wir wünschen uns, dass diese 'partizipativen Prozesse' bei der Planung und Realisierung von Schulbauprojekten, in allen Phasen noch weiter ausgebaut und durch professionelle Beratung weiter gestützt werden.</p> <p>Als kein gutes Beispiel muss in diesem Zusammenhang die Neuplanung der Hafenschule in Schierstein genannt werden. Die Vorgehensweise muss als intransparent bezeichnet werden, Bedürfnisse und Bedenken der Schulgemeinde fanden keine Beachtung. Aus dem Entwurf des SEP wird die weitere Vorgehensweise bei der Hafenschule nicht klar.</p>
<p>Z.452</p>	<p><b>HausmeisterInnen und Gebäudereinigung</b></p> <p>Kommunen sind als Schulträger für die Hausmeistertätigkeiten und die Gebäudereinigung zuständig. Die Stadt hat mit ihrem Handeln für intakte und saubere Schulen zu sorgen.</p> <p>HausmeisterInnen leisten wertvolle Unterstützung in den Schulen, verrichten kleine Reparaturen, Garten- und Verschönerungsarbeiten. HausmeisterInnen betreuen häufig heute schon mehrere Schulen parallel oder wurden ganz ‚eingespart‘.</p>

	<p>Wiederkehrende Ausschreibungen mit immer weiter reduzierten Leistungskatalogen für die Gebäude- und Toilettenreinigung führen zu unhygienischen Bedingungen und langfristig auch zur Zerstörung von Ausstattung.</p> <p>Nicht ohne Grund beschwerten sich viele Schulen über ungepflegte Gebäude, Einrichtungen und Sanitäranlagen.</p>
Z.180 – 367	<p><b>Aktualisierung und Zustandsfeststellung der vorangegangenen SEPs (inkl. Teilfortschreibung)</b></p> <p>Der StEB wünscht sich bei dem Entwurf eines neuen SEPs einen Bezug auf die Forderungen des vorherigen SEPs, um ein Abgleich vornehmen zu können, welche Ziele umgesetzt wurden welche weiterzuverfolgen oder zu verwerfen sind.</p>
Z. 239 - 244	<p><b>Aktualisierung des SEP / Fortschreibung / Projektverfolgung</b></p> <p>Der StEB begrüßt, den SEP zukünftig alle drei Jahre zu erstellen, um den raschen Veränderungen im Stadtgebiet Rechnung zu tragen.</p> <p>Nachdem im SEP viele Entwicklungen angedacht werden, gehen wir davon aus, dass nach einer Konkretisierung der Vorhaben, Projektpläne erstellt werden und deren Umsetzung in einen Statusbericht verfolgt werden wird.</p>

Stadtelternbeirat Wiesbaden  
S. Fuchs-Hinze  
Vorsitzende